

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 34 (2010)
Heft: 2

Rubrik: Medienberichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Neue Zürcher Zeitung

Streitbarer Ritteradel

**Zum Gedenken an den Historiker
Roger Sablonier**

Roger Sablonier, früherer Professor für Mittelalter-Geschichte an der Universität, ist am Dienstag 69-jährig einem Herzinfarkt erlegen. Er hat sich besonders um ein quellengestütztes, unideologisches Bild unserer Vergangenheit verdient gemacht.

Thomas Maissen «Der Bundesbrief von 1291 war eine

Fälschung.» Es hat Roger Sablonier geärgert, dass man diesen Satz weiterhin mit einem «möglicherweise» ergänzen muss. Er hat Gründe vorgebracht für eine spätere Datierung, etwa auf 1309, aber ein eindeutiger Beweis lässt sich auch mit der modernen Radiokarbonmethode nicht erbringen. Doch letztlich ging es Sablonier nicht um ein paar Jahre mehr oder weniger, sondern um das Geschichtsbild: Seine Mitbürger sollten nicht weiter auf einen möglichst früh datierten Kern von Urkantonen mit Hirtenkriegern fixiert bleiben, dem sich dann allmählich weitere (Stadt-) Orte angliederten.

In seinem Buch «Gründungszeit ohne Eidgenossen» hat Sablonier 2008 mit erheblichem Publikumserfolg diese frühe Innerschweiz in ihrer Vielfalt als Welt für sich gezeichnet, ohne «Bauernstaatsideologie» und ohne Fluchtpunkt in der späteren Schweiz.

Dem Widerspruchsgeist entsprach der Lehrer Marcel Beck; bei ihm entstand die 1971 gedruckte Doktorarbeit zum spätmittelalterlichen Kriegergeist in Katalonien, womit Sablonier sich zugleich als Romanist bewies. Dem «Adel im Wandel» galt auch die Habilitationsschrift: einem Landadel in der Ostschweiz diesmal, um 1300, als sich viele Ritter zum Verwaltungs-, Hof- und Kriegsdienst bei den Habsburgern ent-

schlossen.

Schweizer Geschichte nicht gegen die allzu simplen «Erzfeinde» Adel und Österreich, sondern im Alltag

mit ihnen, manchmal verbündet, manchmal im Streit auch das lehrte Sablonier mit seltener Kenntnis der Wirtschafts- und Verwaltungsquellen. Er unterrichtete von 1972 bis 2006 an der Universität Zürich, als Oberassistent, ausserordentlicher und, seit 1984, ordentlicher Professor. Er war ein geborener Erzähler und Lehrer, nicht nur im mündlichen Vortrag; so vermittelte Sablonier Studierenden etwa durch das Internetprojekt «Ad fontes», wie man alte Schriften entziffert. Für die Vermittlung von akademischer Forschung an das breite Publikum gründete er mit Thomas Meier die «Beratungsstelle für Landesgeschichte»: Sie begleitete verschiedene Kantons- und Gemeindegeschichten, konzipierte Museumsausstellungen und ordnete ganze Archive neu. Folgerichtig widmete sich Sablonier in langjährigen Forschungsprojekten der Schriftlichkeit als Kommunikationsform und als Teil der spätmittelalterlichen Herrschaftspraxis.

Den Beherrschten und Benachteiligten in der ländlichen Gesellschaft, den (unter)bäuerlichen Schichten, galt Sabloniers besondere Anteilnahme. Auch deswegen war er, selbst Sohn eines Jenischen, der richtige Kandidat, als der Bund die Aktion «Kinder der Landstrasse» erforschen liess: Pro Juventute hatte während Jahrzehnten Kinder von Fahrenden ihren Eltern wegnehmen lassen und viel Leid verursacht. Diese Aufgabe erledigte er mit der Sorgfalt und Hingabe, die der ebenso anregende wie anspruchsvolle Lehrer auch von seinen zahlreichen Studierenden erwartete, bevor «Sabli» sie an Archive, Schulen oder andere Vermittlungsstätten entliess, aber oft als Freunde behielt. Gewiss nicht konfliktscheu, konnte er polarisieren und, wie unlängst bei der Neugestaltung des Landesmuseums, ein hartes Urteil sprechen. Er schenkte aber auch Anerkennung und Förderung, herzlich, hilfsbereit, generös.

Standplatz bleibt umstritten

Das Stadtparlament entscheidet morgen über den Schiltacker. Die Baukommission will den Kredit für den Standplatz für Fahrende zurückweisen. Er sei zu hoch. Die Meinungen in den Fraktionen sind geteilt. Der Entscheid dürfte knapp werden.

KATJA MÜLLER

Morgen Dienstag diskutiert das Stadtparlament unter anderem über die Vorlage für das Areal im Schiltacker. Dort sollen ein Standplatz für Fahrende und eine Hundesportanlage entstehen (Kasten). Wie umstritten das Geschäft ist, hat sich bereits in der Baukommission gezeigt. Der Entscheid darüber wurde zwei Mal verschoben. Erst beim dritten Mal fand man eine Lösung – und diese ist nicht im Sinn des Stadtrates.

Neue Varianten gesucht

Die Baukommission empfiehlt dem Parlament eine teilweise Rückweisung der Vorlage. Sie spricht sich laut Kommissionspräsident Thomas Meyer (CVP) dafür aus, dass das Gebiet saniert und von Altlasten befreit wird. Zudem soll auch die Zonenplanänderung für die Hundesportanlage problemlos über die Bühne gehen. Heikel wird es hingegen beim Standplatz für Fahrende. Die Baukommission stimmt zwar einer Zonenplanänderung zu, sie will aber den Baukredit an den Stadtrat zurückweisen. Er soll den Projektumfang, die Trägerschaft und die Finanzierung nochmals prüfen. «Der Standplatz auf dem Schiltacker ist unbestritten», sagt Meyer. «Der Stadtrat muss aber noch andere Varianten vorlegen.»

«Projekt zu teuer»

Bei der Abstimmung über die Vorschläge des Stadtrates und der Baukommission dürfte es knapp werden. Die Fraktionen der FDP und der SVP sprechen sich grossmehrheitlich für den Antrag der Baukommission aus. «Das Projekt ist zu teuer», sagt FDP-Fraktionspräsident Daniel Rietmann. Es sei «in diesem Ausmass» nicht nötig, und man müsse sich fragen, ob die öffentliche Hand einer bestimmten Gruppe Wohnraum zur Verfügung stellen müsse. Für Heini Seger von der SVP ist dies sogar «nicht legitim». Er verweist darauf, dass es im Kanton Zürich einen Standplatz gebe, der «aus einem Kiesplatz und Wasser- und Stromanschlüssen» bestehe. Zwischen dieser und der «luxuriösesten» Variante des Stadtrates gebe es noch andere Möglichkeiten. «Wir erwarten vom Stadtrat zwei bis drei Varianten.»

Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion sind geteilter Meinung. Während einige die Vorlage vorbehaltlos unterstützten, folgten andere dem Antrag der Baukommission, sagt Fraktionspräsident Philip Schneider (CVP). Der Standort im Schiltacker sei ideal und die Planung «kommt gut daher». Es sei auch klar, dass Handlungsbedarf bestehe. Aber auch Teilen der CVP ist das Projekt zu teuer. Die Kosten seien zu hoch und die Mietzinse zu tief.

Steuerzahler zahlt nichts

Im links-grünen Lager ist man sich zwar einig, dass es einen Standplatz braucht. Die Fraktion der Grünen, Grünliberalen und Jungen Grünen wird aber voraussichtlich zähneknirschend dem Antrag der Baukommission folgen. Man hoffe, dass dafür am Schluss eine Lösung zustande komme, sagt Fraktionspräsident Thomas Schwager (Grüne). «Dass es eine Lösung braucht, ist unbestritten.» Die Fahrenden würden in St. Gallen wohnen und auch hier Steuern zahlen.

Für die SP/Juso/PFG-Fraktion gibt es nur einen Weg: Sie ist vorbehaltlos für die Vorlage, wie Fraktionspräsident Martin Boesch (SP) sagt. Man suche seit Jahren eine gute Lösung für Fahrende in der Stadt. Nun sei diese endlich gefunden. «Wir sind verpflichtet, etwas zu machen und die Fahrenden haben ein Anrecht auf eine anständige Lösung.» Der Ausbaustandard der geplanten Häuser sei sehr einfach. «Wir wehren uns dagegen, dass das Geschäft als Finanzvorlage angesehen wird.» Die Steuerzahler müssten nichts ans Projekt zahlen, da der Kredit aus dem Finanzvermögen stamme. Zudem sei der Mietzins vom Kanton garantiert. Das Projekt biete Fahrenden aus der Stadt endlich Raum für ihre Lebensweise.

Papiertiger im Thurgau

Auch im Thurgau gestaltet sich die Sicherung von Durchgangsplätzen für Fahrende schwierig. Momentan gibt es vier Plätze - in Kreuzfingen, Weinfelden, Märstetten und Frauenfeld -, die aber alle planungsrechtlich nicht gesichert sind. Das heisst, dass sie etwa wegen eines Bauprojekts der Gemeinde jederzeit geschlossen werden könnten. Das soll sich laut Regierung ändern - ein Wunsch, der vorerst aber nur ein Papiertiger bleibt: Der aktuelle Richtplan fordert drei Durchgangsplätze und einen Standplatz. Das würde bedeuten, dass die öffentliche Hand das Gelände kauft und zur Verfügung stellt. Dies sei aber «mehr Wunsch als Befehl» an die Gemeinden, sagte Ueli Hofer, Chef des kantonalen Amts für Raumplanung in der Thurgauer Ausgabe des Tagblatts.

Vorläufig werde der Kanton in der Sache nicht aktiv. (upz/ken)



Fahrende im Abseits

Im Juni 2008 verwüstete ein Verband ausländischer Fahrender den Goler in Raron. Sanitäranlagen wurden mutwillig beschädigt, Wände und Tische mit Exkrementen verschmiert. Die Aktion sorgte für Unverständnis und bestätigte Vorurteile. Darunter leiden musste nicht nur die Aufräumtruppe, sondern auch die Schweizer Jenischen. Jene Fahrenden, die seit Jahren ihr Recht auf Standplätze in der Schweiz einfordern.

Kurzfristig richtete der zerstörerische Aufenthalt der ausländischen Fahrenden grossen Schaden an. Längerfristig machte er aber auch auf die Problematik der Standplätze aufmerksam. Der Wille der Behörden, endlich die Probleme anzupacken, schien in dieser Sache nicht allzu stark. Zwar wurde schon vor zehn Jahren im Wallis eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um sich der Thematik anzunehmen. Fürs Ober- und das Mittelwallis kamen aber keine Lösungen zustande. Anders im Kanton Aar-

gau. Dort hat man sich aktiv mit den Fahrenden beschäftigt und entsprechende Erfolge erzielt. Auf Standplätzen mit Schweizer Fahrenden kommt es kaum zu Zwischenfällen. Erfreulich ist deshalb, dass die Arbeitsgruppe im Wallis reaktiviert worden ist. Die Probleme einfach ausser Acht lassen und warten, bis es erneut zu einem unerwünschten «Goler-Vorfall» kommt, geht nicht.

Vernünftig wäre es dementsprechend auch, wenn die Gemeinden nebst Emotionen auch Argumente sprechen lassen würden und sich bei einer allfälligen Platzwahl nicht querstellen. Und dass die Kantonspolizei in Mediencommuniqués die Fahrenden nicht als Kriminelle abstempelt und die Bevölkerung praktisch anhält, ihre Haustür zuzunageln. Denn wenn schon das Miteinanderleben schwerfällt, so sollte zumindest das Nebeneinanderleben friedlich vonstattengehen. Das steht den Fahrenden mehr als zu.

Sebastian Glenz

Beobachter

28.5.2010

Im Beobachter vom Mai 2010 finden Sie eine grosse Reportage über die Schweizer Fahrenden mit vielen Fotos. Leider konnten wir diesen aus Platzmangel nicht in diese Ausgabe setzen.

Der Titel der Reportage:

«Als Jenischer musst du los»



«Die Heime brauchten Zöglinge, die Behörden lieferten sie»

Thomas Huonker ist froh, dass die Gräueltaten an Kindern publik werden. Der Historiker über die einstige Praxis in Heimen und Verflechtungen mit Behörden. Interview: Otto Hostettler und Christoph Schilling; Foto: Stephan Rappo

Beobachter: Waren Prügelstrafen in Schweizer Kinderheimen in den sechziger Jahren noch weit verbreitet?

Thomas Huonker: Ja. Viele Verdingkinder, die oft auch Heimkinder waren, haben mir von solchen Strafen berichtet: aufs Dreikantholz knien, Schläge auf den Hintern wegen Bettnässens, den Kopf unters Wasser drücken. Das war durchgehend Praxis und wird zum Glück jetzt öffentlich. Ich erinnere mich an diese Fotografie von einem Mann mit Hut, der 16 Kinder als Gespann vor eine Walze gespannt hat – wie Ochsen. Das sind zweifellos Heimkinder. Das zeigt die Marotten eines Schweizer Heimleiters. Man fotografierte das noch und fand wahrscheinlich lustig. Es diente einzig der Demütigung und Machtdemonstration.

Warum ist das alles nicht früher bekannt geworden?

Die Sozialhistoriker haben diese Missstände noch kaum erforscht. Allerdings ist auch der Widerstand der Heime nicht zu unterschätzen – viele wollen Historiker nicht an die Akten heranlassen. Bei den Jenischen und der Aktion «Kinder der Landstrasse» dauerte es von der Publikation der ersten Fälle 25 Jahre bis zur Akteneinsicht. Daneben gibt es Jubiläumsschriften ehemaliger Heimleiter – aber die zeigen natürlich eine beschönigende Sicht. Die Brutalität, die sexuellen Missbräuche, die in solchen geschlossenen Orten möglich sind, die Bandenbildung unter den Heimkindern, all das kommt nicht vor.

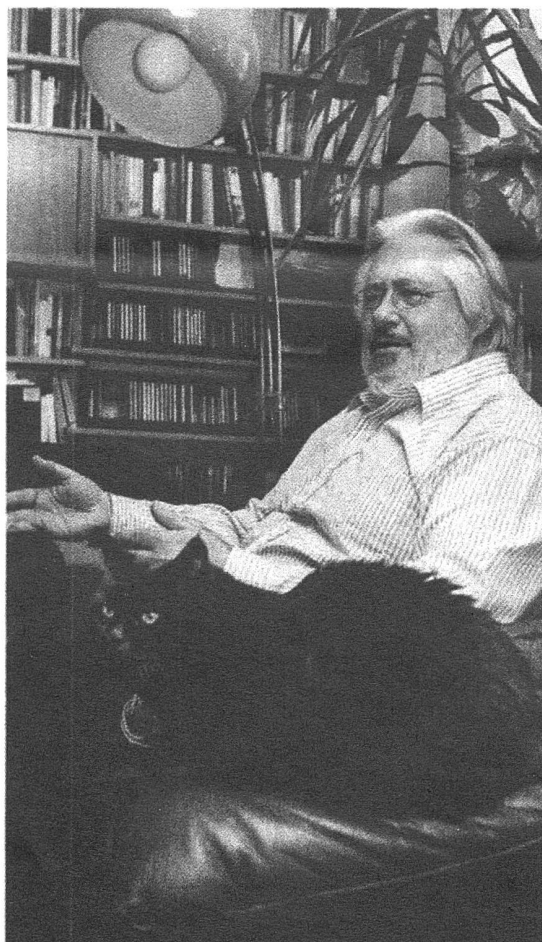
Bandenbildung? Wie in einem Gefängnis?

Es gibt neuere Arbeiten, die das belegen. Kinderheime waren kleine Königreiche. Aufnahme-rituale, die auf sexuellen Missbrauch hinausliefen, oder krasse Demüti-

gungen waren nicht selten.

Wurden die Heime denn nicht kontrolliert?

Bei den staatlichen Heimen bezog sich die Kontrolle aufs Finanzielle, nicht aber auf Missbräuche. Wenn trotzdem solche ans Licht kamen, und das kam vor, gab es Un-



«Viele Heime wollen Historiker nicht an die Akten heranlassen»: Thomas Huonker

tersuchungen, die auch zur Schliessung von Anstalten führte, wie 1944 beim «Sonnenberg» in Kriens. Spaziergänger hatten beobachtet, wie der Heimleiter Zöglinge verprügelte.

Fortsetzung von Seite 19

21.6.2010

21.06.2010 10:27 Schweiz TI TI RGTI TI RGTI Buntess Justiz, Krimi

Fahrende Bischof Grampa liest den Tessinern die Leviten

Lugano (sda) Der Tessiner Bischof Pier Giacomo Grampa hat Schüsse auf ein Auto von Fahrenden, die im Tessin Halt machen, scharf verurteilt. Mit diesem kriminellen Verhalten löse man keine Probleme, schrieb Grampa am Montag in einem Kommentar im «Giornale del Popolo». Der Einsatz von Waffen sei ein Zeichen von einem grossen Sitten- und Wertezersall. Grampa bestritt nicht, dass der Abfall, den die Fahrenden oft hinterliessen, Probleme bereite. Auch würde eine kleine Gruppe von Fahrenden Diebstähle begehen.

Daher gelte es, Vorsichtsmassnahmen zu treffen. Aber die Gemeinden müssten den Fahrenden Rastplätze zur Verfügung stellen. Dies gebiete die christliche Moral und Nächstenliebe, schrieb Grampa.

Die Tessiner Regierung bemüht sich seit Jahren, Zonen für Fahrende zu definieren. Doch die Gemeinden, in denen man entsprechende Gelände ausgemacht hat, gingen stets auf die Barrikaden.

Justizdirektor Luigi Pedrazzini (CVP) schliesst daher nicht aus, dass der Staatsrat demnächst ein Machtwort sprechen werde. Man könne den Fahrenden Halteplätze nicht verwehren, sagte Pedrazzini am Montag gegenüber dem Radio der italienischsprachigen Schweiz (Rete 1).

«Basta nomadi in Ticino!»

Diese Pläne stossen wiederum der Lega dei Ticinesi sauer auf. Den Fahrenden soll es verboten werden, im Tessin zu stoppen, schrieb Lega-Präsident Giuliano Bignasca am Sonntag in seinem Parteiblatt. «Basta nomadi in Ticino!!», lautet seine Forderung.

Derweil hat die Tessiner Polizei Ermittlungen eingeleitet, um den Täter ausfindig zu machen, der am Freitagabend in Galbisio bei Bellinzona auf das Auto eines Fahrenden geschossen hat.

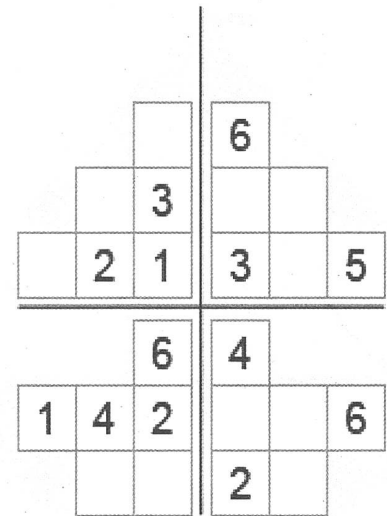
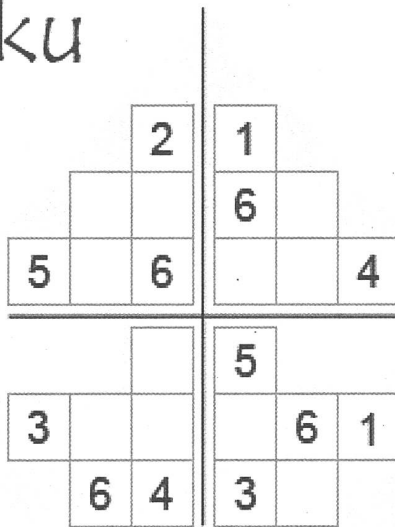
Der Schuss traf zwar das Fahrzeug; verletzt wurde aber niemand. Offenbar hatte der Schütze von einem Auto aus gezielt, das auf der nahen Autobahn A2 auf dem Pannestreifen gestoppt hatte. Es ist nicht das erste Mal, dass die Fahrenden auf der Alpensüdseite von unbekannten Tätern ins Visier genommen wurden. Ähnliche Vorfälle hatten sich in den vergangenen Jahren schon in Biasca, Mendrisio, Balerna, Gudo und in San Vittore ereignet.

Die Attacken gingen meist glimpflich aus. Die Heckenschützen konnten nie ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden. (SDA-ATSVog/su)

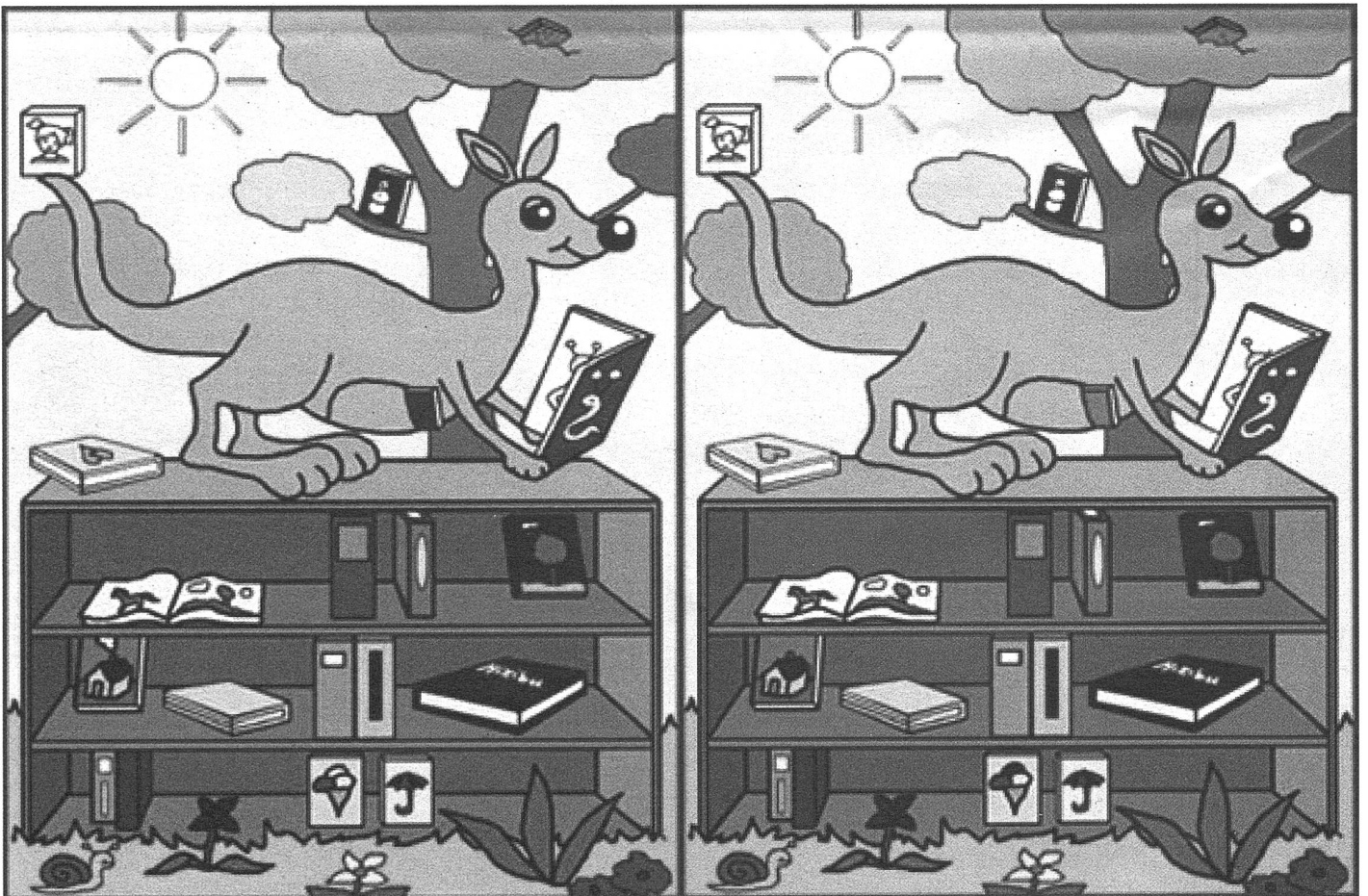




Kidoku



Regel: Die Zahlen von 1 bis 6 so in die leeren Felder eintragen, dass keine Zahl doppelt vorkommt: In den Zeilen, den Spalten und in den 4 mit schwarzen Linien getrennten Bereichen.



Findet die 10 Fehler

Fortsetzung von Seite 16

Das waren aber seltene Fälle?

Ja. Viel öfter wurde wohl vertuscht und verwedelt. Eine Supervision unter Einbezug der Kinder gab es sowieso nicht. Heimleiterinnen und -leiter waren kleine Könige und wurden selten belangt. Und selbst wenn: Alfred Siegfried etwa wurde in Basel als Lehrer wegen sexueller Übergriffe an Kindern verurteilt. Trotzdem brachte er es später zum Leiter der Abteilung Schulkind der Pro Juventute, nahm Hunderte von jenischen Kindern ihren Eltern weg und platzierte sie in Anstalten. Das ist als «Kinder der Landstrasse»-Skandal bekannt geworden.

Herrschte damals Einigkeit darüber, dass man Kinder prügeln darf?

Ja. Das war damals auch noch in der Schule so. Und zu Hause. Erst die «Heimkampagne» von 1970 kritisierte die Zustände in den Heimen, auch die Prügelstrafen. Das war ein militanter Flügel der 68er Bewegung, der zur Flucht aus den Erziehungsanstalten aufgerufen hatte. Viele Heimsassen türmten tatsächlich und wurden auf dem Land versteckt. Das war nach Carl Albert Loosli in den zwanziger Jahren die bedeutendste Welle der Heimkritik im 20. Jahrhundert.

Wer kam überhaupt ins Heim?

Kinder von alleinerziehenden und von ledigen Müttern, von Fremdarbeiterinnen,

Jenischen und sogenannt Schwererziehbare. Das Zivilgesetzbuch, das 1912 in Kraft getreten war, erlaubte den Behörden einen leichteren juristischen Zugriff auf solche Kinder. Die Übergänge zwischen Kinder- und Erziehungsheimen waren übrigens fliessend. Wer im Kinderheim nicht spurte, der war sofort «schwererziehbar» und fand sich schnell in einer geschlossenen Erziehungsanstalt wieder.

Arbeiteten Behörden und Heime zusammen?

Ja. Es war ein Beziehungsgeflecht zwischen Ämtern und Anstalten. Die Heime brauchten Zöglinge, die Behörden lieferten sie. Dabei war der Preis nicht unwichtig. Es existierten damals richtiggehende Heimkataloge: Abgebildet waren die Heime mit Anzahl Plätzen und dem Preis pro Kind und Monat. Die religiösen Institute und jene mit grosser Landwirtschaft waren billiger. Je höher der Tagessatz, desto sorgfältiger wurde das Heim in der Regel geführt. Wenn man also jemanden in ein billiges Heim steckte, konnte man davon ausgehen, dass das Regime dort härter war. Der Preis erlaubte eine Steuerung, die nicht zu unterschätzen ist. ■

Thomas Huonker ist Autor und Experte für die Geschichte der fürsorglichen Zwangsmassnahmen wie Kindwegnahmen und Anstaltseinweisungen.

Walliser ☆☆ Bote

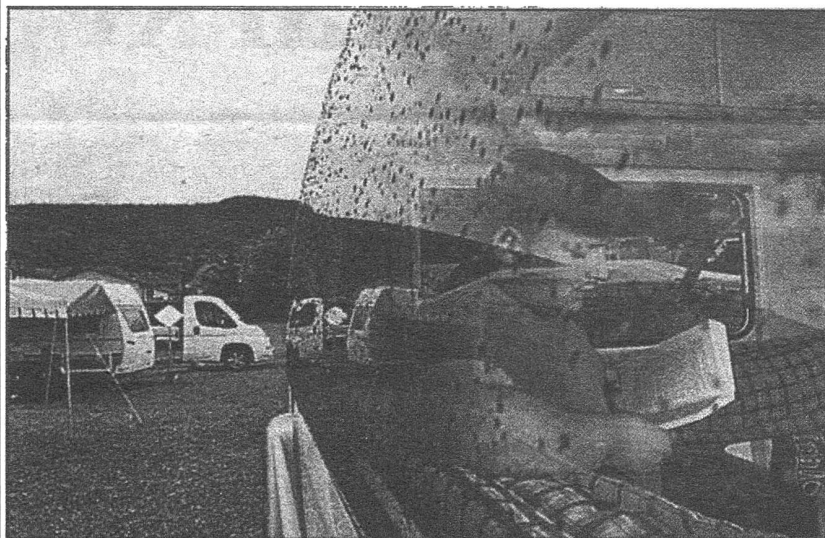
4.5.2010

Schwierige Suche

Wohin kommt der Standplatz für Fahrende?

Wallis. – (wb) Wo immer in der Schweiz ein Standort oder Durchgangsplatz für Fahrende entstehen soll, hagelt es Proteste. Dabei fällt das Bundesgericht bereits 2003 einen beachtenswerten Schiedsspruch: Grundsätzlich müsse der Staat Massnahmen treffen, damit die Nomaden ihre Lebensweise beibehalten könnten. Konkret: Er müsse Plätze zur Verfügung stellen.

Im Wallis befasste sich bereits vor zehn Jahren eine Arbeitsgruppe innerhalb der Dienststelle für Raumentwicklung mit der Thematik. Seit Anfang Jahr hat man die Gruppe nun reaktiviert. In absehbarer Zeit soll es auch im Oberwallis definitiv einen Standplatz für Fahrende geben. Das Schlusswort haben aber die Gemeinden.



Eine emotionale Geschichte: Die Fahrenden und die Standplätze.

Foto Keystone

Sonntag LiZ

13.6.2010

Neue Verträge mit Fahrenden

SPREITENBACH Der Gemeinderat hat mit seit Jahren wiederkehrenden Fahrenden Verträge für den Standplatz abgeschlossen. Erst kürzlich hat der Regierungsrat den Platz entsprechend eingezont. (LiZ)

Schweizer Bauer 12.6.2010

Fahrende mit Jauche vertrieben

ESTAVAYER FR. Am vergangenen Sonntagnachmittag liessen sich in der Nähe der Autobahnausfahrt Estavayer 60 Fahrende mit ihren Wohnwagen auf einem Feld von Gemeindepräsident (Syndic) Albert Bachmann nieder. Wie der «Blick» schrieb, führte diese Aktion zu einem gigantischen Stau. Die herbeigerufene Kantonspolizei regelte anschliessend den Verkehr. Bachmann, welcher auch als Vizepräsident des Schweizerischen Red-Holstein-Verbands amtiert, konnte die Aktion der Polizei nicht verstehen: «Sie müsste verhindern, dass sich Zigeuner einfach niederlassen können.» Sein Sohn Frédéric fuhr mit dem Güllefass vor. Die Polizei versucht die Situation zu beruhigen, doch der junge Bauer spritzte die Jauche bis wenige Meter vor die Wohnwagen. Die Fahrenden hätten auf seinem Feld nichts verloren und würden es nur verwüsten, führte Albert Bachmann weiter aus. Die Gülleaktion zeigte Erfolg. Die Zigeuner zogen ab und liessen sich auf einem Feld – der Landbesitzer gab für eine Nacht sein Einverständnis – in der Nähe nieder. Die Kantonspolizei teilte mit, dass im Kanton Freiburg ein offizieller Rastplatz fehle und es deshalb immer wieder Probleme mit Fahrenden gäbe. blu

STANDPUNKT

Nein zu Durchgangsplätzen – die Gründe der SVP

Der Kantonsrat ist dem Antrag der SVP gefolgt und hat in der April-session den Bau von vier Durchgangsplätzen für Schweizer Fahrende und einen Transitplatz für ausländische Fahrende abgelehnt. Damit bleibt dem Kanton eine Ausgabe von fast 7 Millionen Franken erspart. Kommentiert wurde dieser Entscheid von den Medien recht bescheiden. Insbesondere fanden die Hauptgründe, weshalb sich die Mehrheit des Kantonsrats gegen die Vorlage ausgesprochen hat, kaum mediale Erwähnung. Dabei sind es gerade diese Gründe, die die Bürgerinnen und Bürger kennen sollten. So gibt es beispielsweise keinerlei gesetzliche Grundlage, die unseren Kanton zum Bau solcher Plätze verpflichtet. Nach einem Entscheid des Bundesgerichts hat der Kanton diese lediglich in seiner Richtplanung zu ermöglichen. Ebenso wären von den Durchgangs- und insbesondere vom Transitplatz keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen worden. Denn das Angebot an



Bild: pd

neuen, luxuriös ausgestatteten Plätzen hätte aufgrund der Personenfreizügigkeit, selbst nach Ansicht der Schweizer Fahrenden, vorwiegend Roma aus südosteuropäischen Ländern angezogen. Der SVP erschienen auch die Kosten der geplanten Infrastrukturbauten mit WC- und Duschanlagen völlig überrissen, lagen diese doch rund zehnmal höher als in anderen Kantonen. Am meisten Kritik seitens der SVP gab es jedoch aufgrund der Tatsache, dass durch diese Vorlage alle

Nichtfahrenden, und dazu gehören in unserem Kanton mit wenigen Ausnahmen alle, diskriminiert würden. Denn wenn mit Steuergeldern Plätze erstellt werden sollen, die nur einer Minderheit dienen und ausschliesslich von dieser Minderheit benützt werden dürfen, dann verstösst dies gegen den elementarsten verfassungsmässigen Grundsatz der Rechtsgleichheit. Für die Haltung der SVP waren also nicht irgendwelche antiquierten Vorurteile gegen die Lebenshaltung einer Minderheit massgeblich, sondern klare Gründe und belegte Fakten.

Wie jede andere Volksgruppe können selbstverständlich auch die Fahrenden ihr Leben nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen gestalten. Auch sie haben dies jedoch auf eigene Kosten zu tun und nicht auf Kosten der Allgemeinheit.

Herbert Huser

Kantonsrat SVP
Präsident SVP Rheintal
Altstätten



Ohne Worte